

# Deutscher Nonkonformismus im Posener Land 1939-1945\*

von

Wilfried Gerke

Die hier darzustellenden Vorgänge können sicherlich nicht alle unter der für das Thema üblichen Bezeichnung „Widerstand“ subsumiert werden, sondern sind eher als „Resistenz“ oder noch allgemeiner als „Nonkonformismus“ einzuordnen. Wir folgen jedoch dem Begriff „Widerstand“, da ein besserer sich bislang nicht durchgesetzt hat. Zumindest im Titel soll jedoch ein Hinweis darauf enthalten sein, in welche Kategorie die meisten oppositionellen Handlungen einzuordnen sind.

Es ist nicht verwunderlich, daß das Posener Land in den Annalen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus nur selten erscheint. Es hat nicht die führenden Köpfe gestellt, und die Bevölkerung war sozial anders strukturiert als in den Industriegebieten wie im Saargebiet, im Ruhrgebiet oder im Sudetenland.<sup>1</sup>

Da die deutsche Arbeiterschaft im Posener Land traditionsgemäß und zusätzlich durch die Entdeutschungspolitik nach 1918 zahlenmäßig relativ schwach war, standen die ausschließlich nationalen Belange des vornehmlich agrarisch, z. T. auch kleinbürgerlich bestimmten Deutschtums recht hoch im Kurs. Hinzu kam die Furcht vor einem sozialen Abstieg als Folge der Agrarreform, des Ausschlusses Deutscher aus dem öffentlichen Dienst und des Grenzzonengesetzes. Trotzdem muß man davon ausgehen, daß die Deutschen hier in erster Linie deutsch, aber nicht so sehr nationalsozialistisch eingestellt waren. Diejenigen, die sich nicht mit den Polen arrangieren wollen, können oder dürfen, waren 1918 und in den folgenden Jahren fortgezogen oder ausgewiesen worden. Die anderen kämpften nicht mehr für die deutsche Herrschaft, sondern um die Behauptung ihrer nationalen Identität, wie die mühsamen Abwehrmaßnahmen der Minderheit bis in den Spätsommer 1939 hinein zeigen, die vom Völkerbund kaum, hingegen von der Reichsregierung finanziell erheblich, insgesamt aber nur unzulänglich unterstützt wurden. Sicherlich spielte die Sehnsucht nach dem Reich — gewissermaßen als Maximalprogramm — immer auch eine Rolle. Doch schreibt z. B. Rudi Goguel in seiner Ost-Berliner Dissertation „Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im zweiten Weltkrieg“: „Ferner mußten die deutschen Volksgruppen in Polen ideologisch ausgerichtet und ein ständiger Kampf

---

\*) Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, der am 2. 11. 1979 auf der XIV. Wissenschaftlichen Tagung der Historisch-Landeskundlichen Kommission für Posen und das Deutschtum in Polen in Marburg a. d. Lahn gehalten worden ist.

1) Wegen der andersartigen Struktur des östlichen Warthegaus (Industriegebiet von Lodz, frühere Zugehörigkeit zu Kongreßpolen usw.) beschränkt sich dieser Beitrag auf die ehemalige Provinz Posen, soweit diese 1939 zum Wartheland kam.

gegen Tendenzen in der Volksgruppe geführt werden, Loyalität gegenüber dem polnischen Staat zu bewahren.“<sup>2</sup>

Trotzdem war die Erleichterung der Deutschen im Posener Land im September 1939 über ihre Befreiung verständlich; denn die letzten Höhepunkte der Angriffe der Polen auf sie hatten an der Existenz der Volksgruppe gerüttelt. Tausende von Toten, noch mehr Verschleppte und Zehntausende von Flüchtlingen aus ganz Polen zeigten das drohende Ende an. Diese Erfahrungen übten ihren Einfluß bis zur Flucht aus, und den Älteren erschien das Polen zwischen den Kriegen nur wie ein böser Traum, so wie die Jüngeren erleichtert feststellten, daß ihre Zukunftssorgen hinsichtlich ihrer Berufschancen mit dem Einmarsch der Deutschen behoben waren.

Bei vielen kam jedoch bald die Ernüchterung, als der Rausch vorüber war. Das mystifizierte „Reich“ stellte sich als Staat mit Widersprüchen heraus, die glorifizierten Reichsdeutschen als Menschen voller Schwächen, die verherrlichte Partei als Vehikel für den sozialen Aufstieg der verschiedensten Charaktere, wie auch der Witz im Umlauf war, für Treuhänder werde eine neue Uniform ausgegeben: Jacken ohne Taschen, weiße Weste.

Diese veränderte psychische Situation war der Nährboden für die distanzierte Sicht, die manche Posener Deutschen nun einnahmen. Erste Anzeichen gab es noch 1939. Der Gestapo-Kommandant in Schroda meldete am 9. Oktober 1939 an den Sicherheitsdienst in Posen: „Bedauerlich ist jetzt schon die Feststellung, daß selbst die Volksdeutschen sich bemüßigt fühlen, für Häftlinge (Juden und Geistliche) ein gewichtiges Wort einzulegen.“<sup>3</sup> Und die Einsatzgruppe VI äußerte schon am 15. September 1939 über die evangelische Kirche: „Gegenüber dem Nationalsozialismus ist bereits eine gewisse Ablehnung festzustellen.“<sup>4</sup>

Am 6. Dezember desselben Jahres schrieb die reichsdeutsche Gutsbesitzersfrau Lilly Jungbluth aus dem Kreis Hohensalza (seit 1927 Nationalsozialistin, seit 1930 Parteimitglied) empört an Göring, Tausende „unschuldiger Angehöriger der intellektuellen Führungsschicht“ des Polentums seien ermordet worden. Sie fuhr nach Berlin, um Göring selbst zu sprechen. Ihr Brief an ihn lautete folgendermaßen:<sup>5</sup>

„Hochverehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ich bin aus dem besetzten, ehemals polnischen Gebiet nach Berlin gekommen — auch im Namen und Auftrag vieler dort ansässiger anderer Reichsdeutscher — um zu versuchen, mit Herrn Generalfeldmarschall über die furchtbaren Ereignisse zu sprechen, die sich dort abspielen. — Ist es,

2) R. Goguel: Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im zweiten Weltkrieg, Phil. Diss. (masch.) Berlin(-Ost) 1964, S. 85.

3) St. Nawrocki: Hitlerowska okupacja Wielkopolski w okresie zarządu wojskowego wrzesień—październik 1939 r. [Die hitlerische Besetzung Großpolens in der Zeit der Militärverwaltung im September—Oktober 1939], Posen 1966, S. 236.

4) Ebenda, S. 240.

5) Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 II/1411 a.

wie behauptet wird, tatsächlich der Wille unseres Führers und der Regierung, die gesamte deutschstämmige polnische Bevölkerung<sup>6</sup> systematisch auszurotten? Fussend auf die un wahre Behauptung, dass [...] Kinder von 14 Jahren an von den verbleibenden Müttern weggerissen und fortgebracht wurden, und schliesslich wurden die Frauen selbst mit ihren kleinen Kindern bei Nacht und Nebel, Regen und Kälte innerhalb 10 bis 15 Minuten aus ihren Wohnungen auf die Strasse geworfen und bei Tagesgrauen auf Lastautos verfrachtet und fortgeführt, Familien, die 150 Jahre deutsch und nur 20 Jahre unter kongresspolnischer Regierung waren, die sie bestimmt nicht liebten; Männer, die fast alle zum grössten Teil als Freiwillige im Weltkrieg vier Jahre für Deutschland geblutet haben, die das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse besitzen und deutsche Offiziere wurden.

Und heute beginnt die gleiche Tragödie mit den Kleinbauern und den Arbeitern. Unser Landarbeiter, Mathias Kowalski... musste vorige Woche seine Tochter, seinen Schwiegersohn und 2 kleine Kinder aufnehmen, die, unter Zurücklassung der gesamten Habe, von ihrem 30 Morgen grossen Anwesen aus der Gegend von Modlin verjagt worden waren — angeblich, weil sie in unserer Gegend geboren sind. Wenige Tage darauf wurde die 2. Tochter vertrieben, während der Mann in der Arbeit war. ... Fleißige, brave, treue Menschen, die mit Freuden Deutsche geworden wären, die unsere Wehrmacht bei ihrem Einzug bejubelten und alte Kameradschaft aufgefrischt hatten. [...] Ich habe deutsche Offiziere weinen sehen über das grausame Geschehen im besetzten Gebiet, und dass das alles mit der Ehre des Führers, mit der Ehre der Wehrmacht, mit der Ehre des Nationalsozialismus und des deutschen Volkes und Vaterlandes gedeckt werden soll.“

Aus der Audienz wurde nichts, da Frau Jungbluth einen Passierschein nur für acht Tage hatte. Am 28. Dezember wurde sie in Bromberg von der Gestapo verhaftet, da sie auch dort protestierte, Mitte Januar 1940 aber freigelassen, nachdem ihre Tochter bei Himmler persönlich vorgeprochen hatte.

Mit Zustimmung des Posener Landrats verschaffte sich Margarethe von Treskow-Radojewo, die Witwe des am 11. September 1939 auf dem Verschleppungsmarsch ermordeten Hermann von Treskow, eine Audienz bei Göring. Sie schilderte ihm die menschenunwürdigen Zustände in den Durchgangs- und Gefangenenlagern im Wartheland. Göring reagierte aufgeregt und verdamnte die Morde der Polen an den Posener Deutschen. Als Frau von Treskow dann dem Ausgang zuzug, kam Göring plötzlich aus einer Seitentür, sprach sehr viel gemäßigter, äusserte sein Beileid zur Ermordung des Gatten und versprach, geeignete Schritte in der vorgetragenen Angelegenheit einzuleiten. Der von Göring entsandte Beauftragte inspizierte mehrere Lager, doch änderte sich nichts an den Zuständen.<sup>7</sup>

6) „Gemeint ist die schon in der Zeit vor 1919, also in der preußischen Phase, in der damaligen Provinz Posen ansässige Bevölkerung polnischer Nationalität.“, wie z. B. E. Meyer: Deutschland und Polen 1914—1970, Stuttgart 1971, S. 55, Quelle 53, erläutert.

7) H. v. Rosen: Bilanz — Das deutsche Gut in Posen und Pommerellen, Rosbach v. d. H. 1972, S. 159.

„Den Protesten der deutschen Gutsbesitzer beim Landrat von Exin gelang es, den als unpolitisch und sehr tolerant bekannten, alten und noch dazu kranken Herrn Kawczyński-Elisenhof vor der Verschickung zu bewahren. Er erhielt ein Zimmer, Verpflegung, Wartung und 100 Mark monatliches Taschengeld. Das war ein ungewöhnlicher Fall. Für den alten Herrn war es gut, daß er bald starb. Seinen Sohn Marjan nahm Egon Koerner als Inspektor in sein Haus und an seinen Tisch — Koerner wohnte im alten Beamtenhaus, das Stolenschiner Gutshaus war abgebrannt. Nach einiger Zeit wurde der junge Kawczyński aber doch abgeholt und blieb verschwunden.“<sup>8</sup>

Andere Gutsbesitzer suchten die Entfernung und Vernichtung von Kreuzfixen an den Wegen zu verhindern. Sophie-Charlotte Gräfin von Schlieffen protestierte, als in Wioska (Kreis Wollstein) eine Heilandsstatue zerstört wurde. Hermann von Bülow rettete eine Laurentiusstatue durch Verstecken. „Ein polnischer Nachbar, den Ernst v. Lehmann sen. versteckte, wurde entdeckt und verschwand auf Nimmerwiedersehen. Bernuth-Borowo, Lehmann-Nitsche-Ilowiec und Lorenz-Kurowo setzten sich für ihren Nachbarn Szołdrski und einen Czempiner Landhändler ein — in dem zweiten Fall hatten sie Erfolg, im ersten nicht. [...] Wolf v. Bernuth hat auch später, als ‚Bezirkslandwirt‘, noch einigen Polen zur Flucht verholfen. Coelle konnte den Propst in Promno, der ihn 1919 vor der Internierung bewahrt hatte und nun in einem kleinen Loch von Zimmer saß, durch Lebensmittel, Kohle und Zigaretten unterstützen.“<sup>9</sup>

In einem anderen Fall erreichte der Gutsbesitzer Heinz Hoffmeyer-Zlotnik die Freilassung der Schwester eines polnischen Apothekers, der das Essen in einem deutschen Lokal mit Typhusbazillen verseucht hatte und deswegen zum Tode verurteilt worden war. In anderen Fällen hatten die Fürsprachen allerdings keinen Erfolg.<sup>10</sup>

Katharina v. Bernuth setzte durch, daß die örtliche polnische Schule wieder eröffnet wurde; Graf Raczynski nahm an den Begräbnissen des katholischen Pfarrers und des polnischen Försters teil, was Anzeigen und Verfahren zur Folge hatte.<sup>11</sup>

Dagegen mußte der Kolmarer Landrat den Bürgermeistern immer wieder „einhämmern“, daß die Deutschen jetzt die Herren seien und die Polen ihre Knechte.<sup>12</sup>

Eine kleine Zahl von Deutschen arbeitete mit der polnischen Widerstandsbewegung zusammen. Einige hörten ausländische Rundfunkstationen ab. Eine von September 1944 bis Januar 1945 inhaftierte Polin berichtete:<sup>13</sup>

„Ich erinnere mich an einen sich rauflustig verhaltenden tapferen jungen Häftling deutscher Nationalität in der Uniform der Hitlerjugend, etwa

8) Ebenda, S. 156.

9) Ebenda, S. 157.

10) Ebenda, S. 159 f.

11) Ebenda, S. 159.

12) Die Diskriminierung der Polen in Wielkopolska zur Zeit der Hitler-Okkupation, hrsg. von Cz. Łuczak, Posen 1966, S. 236.

13) W. Góra, St. Okęcki: Für unsere und eure Freiheit, hrsg. von R. Jeske, Berlin(-Ost) 1975, S. 144.

16 Jahre alt. Ein sehr lieber und großer Freund der Polen, er stammte aus Poznań und hatte scheinbar vordem eine verantwortliche Funktion in dieser Organisation bekleidet. Von der Uniform waren ihm alle Kennzeichen abgerissen worden. Darum ließ er sie sich auch vom Mantel und der Mütze abreißen, wofür man ihn auf entsetzliche Weise schlug. Zu jeder Zeit sprach er immer wieder mit Verachtung von den Gestapoleuten. Während der Spaziergänge unterhielt er sich gern mit mir polnisch. Er lachte immer übers ganze Gesicht, was die Gestapoleute aus der Fassung brachte. Er vertraute mir an, daß er wegen Freundschaft zu den Polen sitze.

Im Soldatenheim saß wegen der unbedachten Äußerung, daß Deutschland den Krieg verlieren würde, auch der persönliche Sekretär von Artur Greiser. Er versuchte, sich die Pulsadern zu öffnen. Danach transportierten sie ihn in das Lager in Żabikowo.“

Andere einheimische Deutsche bescheinigten Polen politische Inaktivität, freundschaftliche Einstellung zu den Deutschen, setzten sich bei der Gestapo für inhaftierte Polen und Juden ein, bewahrten Polen vor der Erschießung (so im September 1939 in Schroda).<sup>14</sup>

Der Kreisbaumeister Wohlfeil in Jarotschin beteiligte sich 1941 im Auftrag der polnischen Gruppe „Kinder von Posen“ (Dzieci Poznańskie) an der Fluchthilfe für 16 sowjetische Kriegsgefangene in Richtung Petrikau-Sandomir.

Der Müller Georg Lüttwitz aus Karczewnik bei Kolmar lieferte Mehl an die Partisanen in der Tucheler Heide.<sup>15</sup> Im Heereszeugamt, in den Eisenbahn- und Straßenbahnwerkstätten in Posen arbeiteten Deutsche mit oppositioneller Grundhaltung. Auch die in den Cegielski-Werken untergebrachten Deutschen Waffen- und Munitionswerke waren ein Widerstandszentrum.<sup>16</sup>

Gegen die massive Unterdrückung der Polen wandten sich auch deutsche Pädagogen. Ihr Wunsch, Polnisch als Fremdsprache in den Gymnasien beizubehalten, entsprach nicht den Vorstellungen der Germanisatoren aus Berlin. Den neuen Herren waren die einheimischen Deutschen ohnehin verdächtig kulturlos und halb polonisiert. Ihr latentes Mißtrauen führte zur Amtsenthebung des Gymnasialdirektors Dr. Kayser in Lissa, zur Bespitzelung des Direktors Dietrich Vogt in Posen durch die Gestapo und den schließlich (1942) erfolgreichen Bemühungen, den für den Warthegau für „untragbar“ Erklärten aus dem Amt zu ekeln. Die zahlreichen deutschen Lehrer aus der Vorkriegszeit am Schiller-Gymnasium in Posen wurden entweder versetzt oder gingen freiwillig, teilweise veranlaßt durch den nationalsozialistischen Geist, den die zahlreichen neuen Schüler aus dem Altreich mitbrachten.<sup>17</sup> Der Leiter des Deutschen Schulvereins in Polen, Dr. Schönbeck, fand bei der Auflösungsveranstaltung seiner Organisation in Posen mutige Worte gegen die Politik, die Deutsche verschiedener Klassen schuf.

Der Bürgermeister von Mogilno, Friedrich Karl Kriebel (1884—1971),

14) Ebenda, S. 163.

15) Ebenda, S. 176.

16) Ebenda, S. 27.

17) D. Vogt: Das Schiller-Gymnasium in Posen, Lüneburg 1964, S. 32 f.

kam, obschon Parteimitglied, 1942 oder 1943 unter Gestapoaufsicht, da er zur Versöhnung zwischen den Volksgruppen beitrug. Auch der von den Nationalsozialisten abgesetzte Chefredakteur der „Deutschen Rundschau in Polen“, Gotthold Starke, hat vielfach von den Polen Unheil abzuwenden vermocht. Dr. Alfred Lattermann, der Direktor der Posener Universitätsbibliothek (1941—1945), nahm seine polnischen Angestellten in Schutz, wie er überhaupt die nationalsozialistische Politik im Wartheland kritisierte. Im engsten Kreise äußerte er, das Posener Land höre für ihn auf, Heimat zu sein, wenn er keine polnischen Laute mehr in ihm hören sollte. Rektor Nitsche wurde wegen seines katholisch geformten Bewußtseins von Posen nach Kosten versetzt. Der Journalist und Schulmann Julian Will hatte sich schon lange vor dem Krieg gegen den Nationalsozialismus gewandt, was ihm zahlreiche Schikanen der „Befreier“ eintrug, die schließlich am 19. Oktober 1941 zu seinem Freitod führten.

Der Posener Superintendent und Historiker D. Arthur Rhode (1868—1967) bestritt in einem vertraulichen Gespräch ostdeutscher Geschichtsforscher in Schneidemühl, daß 58 000 Volksdeutsche ermordet worden sein könnten, wie es die Propaganda von Goebbels behauptete. Rhode wurde vor die Gestapo geladen, zwei Stunden lang verhört und mit einer Verwarnung entlassen, weil seine Bemerkungen polenfreundlich und staatsfeindlich gewesen seien. Rhode wurde noch dreimal in anderen Fällen angezeigt, der erste zog keine Vernehmung nach sich, weil die betreffende Meldung bei dem Kommandierenden General erfolgt war, der die Angelegenheit als kirchliche Sache betrachtete und sie deswegen nur pro forma behandelte. Vernommen wurde Rhode jedoch, weil er der Wreschener Diakonisse erlaubt hatte, Religionsunterricht zu erteilen, was nur Pastoren erlaubt war, und weil er eine Bescheinigung zugunsten des von der SS verhafteten Propstes Gorgolewski aus Posen-Lazarus ausgestellt hatte, um die ein Vikar gebeten hatte, da der Geistliche sich nicht deutschfeindlich betätigt hatte. Reichsstatthalter Greiser wünschte, Rhode solle in den Ruhestand treten oder in diesen versetzt werden, da er wegen seiner polenfreundlichen Haltung für den Warthegau untragbar sei.<sup>18</sup>

Martin Broszat schreibt über „Volksdeutsche, die bisher im Nationalsozialismus aus der Ferne gutgläubig eine nationale ‚Erneuerungsbewegung‘ erblickt hatten“ und im Herbst 1939 von Gewissensnöten geplagt wurden. Bemerkenswert ist auch seine Feststellung: „Der Gauleiter und Reichsstatthalter in Posen, Arthur Greiser, konnte sich nicht wie Koch und Forster auf eine territoriale Partei-Hausmacht stützen.“<sup>19</sup>

Bis zum „kleinen Mann“ ging die Abneigung gegen verschiedenste Maßnahmen. Eine Umsiedlerin begehrte auf, als sie eine Wohnung in Posen beziehen sollte, aus der man kurz vorher eine polnische Familie evakuiert

18) Ungedrucktes Manuskript von Arthur Rhode über die Entwicklung der Posener Evangelischen Kirche in der Zeit des Zweiten Weltkrieges (im Besitz von Prof. Dr. Gotthold Rhode, Mainz).

19) M. Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945, Frankfurt a. M., Hamburg 1965, S. 45 und 57.

hatte: „In dieses Haus ziehe ich nicht; hier sind Tränen!“ Umsiedler aus dem Baltikum empfanden den Besitzwechsel als „peinlich“; es kam vor, daß die zurückgebliebenen Kinder abtransportierter Polen von den Gutsnachfolgern bevorzugt behandelt wurden, was den Verdacht einbrachte, nicht „polenfest“ zu sein.<sup>20</sup>

Die Berichte des Generalstaatsanwalts beim Reichsstatthalter an den Reichsminister der Justiz betonten immer wieder, daß das Verhältnis von Deutschen zu Polen zu gut war. So hieß es am 27. April 1940:

„Bei den Volksdeutschen hat sich ein gewisses Gefühl der Zurückhaltung breitgemacht. Ihre teilweise Umgehung hat auf sie niederdrückend gewirkt. Andererseits haben manche Volksdeutsche sich nur schwer von den Bindungen lösen können, die sie an ihre früheren polnischen Bekannten fesselten.“<sup>21</sup>

Am 29. November 1940 wurde über eine Zunahme der „Rassenschandensachen“ bei den Deutschbalten geklagt, am 5. Februar 1941 über Anbiederung bei den Polen, am 3. April 1941 über geschlechtliche Beziehungen zwischen deutschen Wehrmachtangehörigen, Beamten und Amtsträgern der Partei und Polinnen.<sup>22</sup> Posener Deutsche äußerten ihr Mißfallen über Angriffe auf die Geistlichkeit in öffentlichen Veranstaltungen, deutsche Beamte besuchten polnisch-katholische Gottesdienste, illegale deutsche KPD-Mitglieder schienen mit Polen zusammenzuarbeiten. Die Öffentlichkeit kritisierte, daß Wirtschaftskriminalität bekannter Staats- und Parteiführer ungeahndet blieb. Evakuierte aus Berlin verbreiteten eine defätistische Einstellung. Noch krasser äußern sich zwei Berichte aus den Jahren 1941 und 1943:

„Leider haben die polnischen Greuelthaten nicht in allen Fällen eine restlose Abwendung der Volksdeutschen von ihren polnischen Bekannten zur Folge gehabt. Einzelne von ihnen stehen immer noch der politischen Neuordnung abwartend gegenüber. Insbesondere lassen immer noch Volksdeutsche den Polen Schutz angedeihen und geben Leumundszeugnisse für Polen bei Gnadensachen.“<sup>23</sup>

„Es ist nicht selten, daß Deutsche sich dazu erniedrigen, gemeinsam mit Polen strafbare Handlungen zu begehen. Es wird sogar berichtet, daß Deutsche sich aus Furcht vor einem für möglich gehaltenen Zusammenbruch Deutschlands und der damit verbundenen Wiederaufrichtung des polnischen Staates bei den Polen anbiedern, ihnen Gefälligkeiten erweisen und sich dafür schriftliche Loyalitätserklärungen für etwa später zweckmäßige Verwendung ausstellen lassen.“<sup>24</sup>

Die letzte Äußerung wurde noch Anfang 1944 bestätigt.<sup>25</sup> Ganz deutlich war die Beobachtung, daß die „Bevölkerung [...] offensichtlich nur aus Angst vor staatspolizeilichen Maßnahmen sehr zurückhaltend, ja geradezu verschlossen geworden“ sei.<sup>26</sup>

20) E. Turmann: *Pickwa (Ein baltisches Leben — erlebte Zeitgeschichte)*, Tübingen, Basel 1975, S. 128.

21) Bundesarchiv Koblenz, Reichsjustizministerium, R 22/3383, pag. 6.

22) Ebenda, pag. 63, 65, 69.

23) Ebenda, pag. 68.

25) Ebenda, pag. 114 und 129.

24) Ebenda, pag. 107.

26) Ebenda, pag. 134.

Umsiedler aus dem Baltikum weigerten sich, polnische Möbel anzunehmen, oder sie gaben Wertsachen an die früheren Besitzer zurück.<sup>27</sup> „Im Kirchspiel Hallkirch [Jablówko] versuchte ein SS-Offizier sich eine Mühle in ‚Treuhand‘ anzueignen. Der volksdeutsche Müller war von Polen 1939 umgebracht worden. Die Witwe war der Aufgabe, die Mühle weiter zu führen, angeblich nicht gewachsen. Junge Burschen verschiedener Gruppen — Volksdeutsche und Umsiedler — lauerten unter Führung des Ortspastors diesem SS-Offizier auf, zogen ihm die Uniform aus, setzten ihn in Unterhosen in sein Auto. Die Uniform wurde Himmler persönlich mit einem Begleitschreiben zugeschickt. Man hat meines Wissens nie wieder etwas von der Sache gehört.“<sup>28</sup>

SD-Berichte zeigen, daß der Propaganda nicht recht geglaubt wurde und daß im Frühsommer 1944 mit dem Verlust Posens in kürzester Zeit gerechnet wurde — entgegen den Verheißungen der Massenmedien.<sup>29</sup>

Auch reichsdeutsche Parteimitglieder und Beamte stimmten nicht immer mit der Führung überein. Landrat Nebelung in Eichenbrück (Wongrowitz, Wągrowiec) sorgte dafür, daß der einzige verbliebene polnische Geistliche auch in der Kreisstadt die Messe lesen durfte. Der Posener Landrat Dr. Gehrets protestierte laut gegen die schlechte Behandlung der Polen durch deutsche Behörden.<sup>30</sup>

Um die Trennung der deutschen von der polnischen Bevölkerung zu erreichen, mußten Verbote der Fraternalisierung, der Heirat von Deutschen mit Polen, des Essens am selben Tisch usw. erlassen werden. Die strenge Trennung stieß offenbar auf Widerstand. Greiser stellte am 25. September 1940 fest:

„Diese klare Trennungslinie gegenüber dem Polentum wird infolge des engen Zusammenlebens der deutschen Bevölkerung im Reichsgau Wartheland mit einer heute noch weit überwiegend polnischen Bevölkerung in zahlreichen Einzelfällen überschritten. Es wird erst im Verlauf einer längeren Erziehungs- und Aufklärungsarbeit möglich sein zu erreichen, dass jeder deutsche Volksgenosse dem Polentum gegenüber ein der nationalen Würde entsprechendes und nach den Zielen der deutschen Politik richtiges Verhalten einnimmt.“<sup>31</sup>

Greiser drohte Schutzhaft und in schweren Fällen sogar Konzentrationslager an, wenn deutsche Volksangehörige mit Polen außerhalb der dienstlichen und wirtschaftlichen Interessen verkehrten. Restlos erfolgreich war diese Anordnung jedoch nicht. So stellte noch im Frühjahr 1941 der Deutsche Reinhold Holwerger aus Ostrowo den Antrag, die Polin Lotte Motyl

27) H. Wittram: Aufbruch ins Unbekannte. Orientierungsversuche und Stellungnahmen deutschbaltischer Geistlicher 1939—1945, in: ZfO 27 (1978), H. 4, S. 616—640, hier S. 626.

28) Bericht des Pastors Burchard Lieberg (im Besitz von Superintendent Dr. Heinrich Wittram, Stade, ebenso wie die übrigen, weiter unten zitierten Pastorenberichte).

29) Meldungen aus dem Reich, hrsg. von H. B o b e r a c h, Neuwied, Berlin 1965, S. 154, 230, 251 f., 527 f.

30) v. R o s e n (wie Anm. 7), S. 152.

31) Die Diskriminierung der Polen (wie Anm. 12), S. 238 ff.

in Schildberg heiraten zu dürfen, was jedoch abgelehnt wurde.<sup>32</sup> Im Juli 1941 mußte darauf hingewiesen werden, daß deutsche Gendarmen sich nicht von polnischen Ärzten behandeln lassen sollten. Im selben Monat wies der Kreisbauernführer in Mogilno darauf hin, und zwar „nochmals“, „daß es nicht angängig ist, wenn deutsche landw. Betriebsführer mit den bei ihnen arbeitenden polnischen Arbeitskräften an einem Tisch essen“.<sup>33</sup> Im Juli 1942 wurde kritisiert, daß mehrfach Gesuche von Polen durch Angehörige deutscher Behörden befürwortet und mit Dienststempeln versehen wurden, ohne daß dafür dringende dienstliche Gründe angegeben waren. Solche Fälle fielen unter das Verbot des Verkehrs mit Polen. Verschiedentlich wurden Deutsche von anderen Deutschen wegen Polenfreundlichkeit beschuldigt und entgingen nur mit Mühe einer Verhaftung. In einem Fall wurde ein Verfahren gegen einen Gutsbesitzer eingeleitet, der ein kleines Erntefest für seine polnischen Gutsarbeiter organisiert hatte. Eine Entscheidung wurde allerdings bis zum Kriegsende nicht gefällt.<sup>34</sup> Trotzdem war es auch möglich, daß ein Gutsbesitzer seine Gutsarbeiter und Gutsbeamten dem Stellvertretenden Gauleiter Schmalz gegenüber lobte und hinzufügte, er reiche seinem Inspektor immer die Hand, womit Schmalz einverstanden war, ja, Schmalz distanzierte sich sogar von dem entsprechenden Verbot — aber eben nur unter vier Augen.<sup>35</sup>

Die Gestapo-Stelle Posen klagte am 12. April 1944 gegenüber dem Landrat in Grätz, den Oberbürgermeistern von Hohensalza und Gnesen und den untergeordneten Gestapodienststellen:

„In letzter Zeit wurde festgestellt, daß Polen Tanzabende in erheblichem Umfang veranstalten, woran sich verschiedentlich auch deutsche Personen beteiligten. Diese Deutschen haben dann nicht nur mit anderen Deutschen, sondern auch mit Polen getanzt. Derartige Veranstaltungen unter Polen allein oder mit Deutschen zusammen müssen mit allen Mitteln unterbunden werden.“<sup>36</sup>

Gestapochef Stoßberg kündigte an, gegen die Polen würden Geldstrafen oder Straflager verhängt, gegen die Deutschen „staatspolizeiliche Maßnahmen“.<sup>37</sup>

Welche Rolle spielte die Wehrmacht als wesentlicher Faktor auch im Warthegau? Der Posener Kommandierende General, der General der Artillerie Walter Petzel, wies in einem Geheimschreiben an den Befehlshaber des Ersatzheeres am 23. November 1939 auf Übergriffe der SS hin, bezeichnete die öffentlichen Erschießungen als „vielfach unwürdig“, protestierte gegen die Verhaftung polnischer Gutsbesitzer, gegen Plünderungen, willkürliche Verbringung in Konzentrationslager und Judenverfolgung. Er warnte vor ernsthaften Auseinandersetzungen der Truppe mit Verwaltung und Partei. In einem Rapport vom 30. November 1939 stellte er fest:

32) Ebenda, S. 240 f.

33) Ebenda, S. 241 f.

34) Turmann (wie Anm. 20), S. 128 f.

35) Ebenda, S. 129.

36) Die Diskriminierung der Polen (wie Anm. 12), S. 241 f.

37) Ebenda, S. 328 f.

„Fast in allen größeren Orten fanden durch die erwähnten Organisationen [d. i. SS-Einsatzgruppen und andere Formationen] öffentliche Erschießungen statt. Die Auswahl war dabei völlig verschieden und oft unverständlich, die Ausführung vielfach unwürdig.“<sup>38</sup>

Verbindungs-Offizier der Verschwörer des 20. Juli 1944 im Wehrkreis XXI (Posen) war Major d. R. Georg Konrad Kißling aus Trebnitz.<sup>39</sup> Die Befehle der Verschwörer aus Berlin kamen zwar an, aber nichts wurde unternommen. Ersatztruppen waren zur Partisanenbekämpfung unterwegs, zahlreiche höhere Heeres- und SS-Führer besichtigten an diesem Tage Lager des RAD. Von Posen wurde am Abend schließlich Verbindung mit Königsberg aufgenommen, wo die Befehle der Verschwörer nicht befolgt worden waren. Daraufhin nahm auch Oberst Wedige von der Schulenburg, der II a des Wehrkreiskommandos, keine Aktion mehr in Angriff.<sup>40</sup>

Auch die Teilnehmer am Widerstand Rudolf-Christoph von Gersdorff und Henning von Tresckow haben in Posen gearbeitet. Als von Tresckow hier die Pläne eines Vorstoßes in die Sowjetunion mit bearbeitete, gelangte er zu der Auffassung, Hitler in dem zu erwartenden militärischen Zusammenbruch stürzen zu sollen.<sup>41</sup>

Zum Kreis des 20. Juli gehörte Oberst Friedrich Jäger in Kalisch, der dort Kommandeur der Panzertruppenschule im Wehrkreis XXI und II war. Stauffenberg hatte er schon 1942 kennengelernt. Er war bis zum 10. Juli 1944 in Kalisch und fuhr über das Gut Lehnarhof westlich Kalisch, Frankfurt/Oder und Kolberg auf Umwegen nach Berlin. Dort sollte er das Gebäude des Befehlshabers des Ersatzheeres in der Bendlerstraße sichern, SS-Führer festnehmen, das Propagandaministerium und das Reichssicherheitshauptamt besetzen und Goebbels verhaften. Am 21. Juli wurde er inhaftiert.<sup>42</sup>

Aus der Provinz Posen stammten auch von den an der Verschwörung vom 20. Juli Beteiligten General Erich Fellgiebel, Generalfeldmarschall Günther von Kluge und Karl Friedrich Goerdeler. Schließlich muß noch der Jugendgewerkschaftssekretär Hermann Maaß aus Bromberg erwähnt werden.

Generalmajor Mattern, Festungskommandant in Posen bis zum 31. Januar 1945, war vorher Kommandant des Truppenübungsplatzes Warthelager (Biedrusko). In dieser Eigenschaft erlaubte er entgegen den offiziellen Verboten Gottesdienste für polnische Arbeiter. Der dort amtierende Priester berichtete:

„Er behandelte die im Warthelager beschäftigten Arbeiter taktvoll und

38) Zentr. Staatsarchiv Potsdam, Filmsammlung Nr. 10776, zit. nach: Deutschland im 2. Weltkrieg, hrsg. von W. Schumann und G. Hass, Bd 1, Berlin 1974, S. 186.

39) P. Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat, München 1969, S. 413; Spiegelbild einer Verschwörung, hrsg. v. Archiv Peter, Stuttgart 1961, S. 28.

40) Hoffmann, Widerstand, S. 523 u. Anm. 232 zu Kap. XI.

41) Ebenda, S. 311; E. Zeller, Geist der Freiheit, München 1957, S. 130.

42) Spiegelbild einer Verschwörung, S. 418.

wohlwollend [. . .]. Bei der Begrüßung gab er jedem die Hand [. . .]. Mattern genoß bei allen Polen, mit denen er während der Okkupation zu tun hatte, den allerbesten Ruf.“<sup>43</sup>

Bewaffnete Überfälle polnischer Zivilisten auf deutsche Soldaten rächte er nicht mit Vergeltungsaktionen gegen die polnische Bevölkerung. Am 26. Januar 1945 begab er sich zu dem unter Hausarrest stehenden Posener Weihbischof, dem Bischof Walenty Dymek, um ihn zu bewegen, gemeinsam einen „Aufruf zur Ruhe“ an die polnische Bevölkerung zu unterzeichnen, der weitere Überfälle auf deutsche Soldaten verhindern sollte. Der Bischof lehnte ab. Als Mattern einen Monat später den Polen zur Untersuchungshaft ausgeliefert wurde, konnten diese ihm keine Verstöße gegen das Kriegsrecht nachweisen und überstellten ihn in ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager.<sup>44</sup>

Die Solidarisierung gegen bestimmte Maßnahmen konnte in Einzelfällen auch breitere Schichten in der Wehrmacht erfassen. Der damalige Pastor in Pakosch schrieb:

„Die bei uns stationierten Wehrmachtsteile nahmen demonstrativ eine prokirchliche Haltung ein. Mit dem General an der Spitze erschienen die Soldaten geschlossen zum Gottesdienst. Der General und das Offizierskorps kamen zusätzlich häufig zu den Gottesdiensten der Kirchengemeinde, wobei der General in Uniform regelmäßig nach dem Gottesdienst sich vor noch versammelter Gemeinde bei mir für den Gottesdienst bedankte.“<sup>45</sup>

Eine Gruppe von Soldaten in Ostrowo lehnte die Erschießung von Lehrerinnen ab. In Gostyn äußerten sich Angehörige eines Landesschützenbataillons propolnisch und wurden daraufhin durch ein SS-Sonderkommando ersetzt, das 30 Polen exekutierte. Insgesamt waren am 19. Oktober 1939 40 verhaftet worden; ein Landsturmmann Albert Gercken aus Bremen weigerte sich, an einer Exekution teilzunehmen, auch die Offiziere wandten sich gegen die Gestapo-Leute, aber ohne Erfolg. Der Hinrichtung vom 21. Oktober folgte am 23. Oktober immerhin die Entlassung der übrigen zehn. Etwa im November protestierte der erwähnte Landsturmmann bei der Propagandaabteilung des OKW und bei den Verbindungsleuten der Wehrmacht im Propagandaministerium, ohne daß er davon Nachteile hatte.<sup>46</sup>

Am 10. Dezember 1939 empörten sich beim Abtransport von Polen nach dem Koschminer Bahnhof einige Soldaten der Landesschützen über das Vorgehen der Polizei. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen den Landesschützen und dem Unterscharführer der SS des Selbstschutzes.<sup>47</sup>

Mit der illegalen Organisation „Unabhängiges Polen“ in Posen arbeitete der Oberzahlmeister Heinz Riesberg zusammen, indem er Waffen be-

43) H. Schulz: Der Kampf um Posen 1945, Hameln o. J. (als Manuskript vervielfältigt nach einem Vortrag vom 27. 8. 1977), S. 14.

44) Ebenda, S. 14.

45) Bericht des Pastors Burchard Lieberg (vgl. Anm. 28).

46) A. Gercken: Erlebnisse eines Antifachisten als Soldat der Wehrmacht, in: G ó r a / O k ę c k i (wie Anm. 13), S. 278—286.

47) Die Diskriminierung der Polen (wie Anm. 12), S. 161.

schaffte und verteilte. Bei Wollstein wurde er auf frischer Tat ertappt, verhaftet, abgeurteilt und in Posen hingerichtet.<sup>48</sup> In Ostrowo arbeiteten deutsche Soldaten aus Westfalen und dem Rheinland mit der illegalen polnischen Militärorganisation zusammen.<sup>49</sup>

Bedeutender war der Kampf der Kirche. Die deutschsprachige Bevölkerung hatte Schule und Kirche als die wichtigsten Institutionen erlebt, die den Kampf um den Minderheitenschutz unterstützt hatten. Da die Schule sehr viel stärker zurückgedrängt worden war und die evangelische Kirche einheitlicher handeln konnte, war sie auch unter veränderten Verhältnissen die Einrichtung, der man am meisten vertraute. Für die Partei bildete sie eher einen Staat im Staate, die einzige Institution, die eine totale, unbegrenzte Machtentfaltung behinderte. Der aus der Nähe Posens stammende Gauleiter Greiser fand hier ein großes geistiges Kriegsgebiet vor. Er arbeitete mit dem Leiter der Parteikanzlei, Bormann, zusammen, dem die Ausrichtung der Kirchenpolitik im Wartheland oblag. Die evangelische Kirche wurde als aufgelöst betrachtet und sollte sich nur als eine Art Verein neu konstituieren, was sie allerdings nicht tat. Sammlungen wurden verboten, das Evangelische Vereinshaus in Posen, das im Juni 1939 vom polnischen Staat beschlagnahmt worden war, wurde der Kirche nicht zurückgegeben. Alle theologischen und juristischen Mitarbeiter des Posener Konsistoriums wurden mit staatspolizeilichen Verwarnungen belegt, so auch der 81jährige Generalsuperintendent D. Blau, der am 14. Dezember 1942 sogar mit schärferen Maßnahmen bedroht wurde, weil er in zwei Hirtenbriefen am 28. März und 26. Oktober „versteckte Angriffe gegen die nationalsozialistische Weltanschauung“ geführt habe.<sup>50</sup>

Trotz dieser Angriffe und der höhnischen Art, in der manche „Amtswalter“ die „rückständige“ Kirche behandelten, hat es keinen umfassenden, langen Kampf innerhalb der Kirche gegeben, keine Kirchaustrittsbewegung. Die Gottesdienste waren weiterhin gut besucht. Dort, wo der kirchliche Einfluß zunächst schwand, nahm er später oft zu, zum Teil durch die Ansiedlung von Umsiedlern aus Rußland bedingt. Die Zwangsmaßnahmen gingen schließlich so weit, daß Superintendent Johannes Steffani 1941 öffentliches Redeverbot für das gesamte Reichsgebiet erhielt, weil er in einem kirchlichen Vortrag in Breslau einen Erlaß Greisers kommentarlos verlesen hatte. Auf Anfrage wurde Steffani geantwortet, es komme nicht darauf an, was er gesagt habe, sondern wie es gewirkt habe. Doch all das konnte die Gläubigen nicht einschüchtern. Die Gemeinden waren empört über die kirchenfeindliche Politik: antikirchliche Gottgläubigenpropaganda, kein Religionsunterricht in den Schulen, Beschlagnahme kirchlicher Gebäude, Auflösung von Vereinen und Organisationen, Aufhebung der Feiertage Karfreitag, Bußtag und Himmelfahrtstag, HJ-Dienst am Sonntagvormittag, Kollektenverbot, Presseverbot usw.

48) G ó r a / O k e c k i, S. 175.

49) Ebenda, S. 108.

50) Archiv des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, EO V 195/43, zit. nach P. G ü r t l e r : Die Auseinandersetzung zwischen dem Reichsstatthalter und den evangelischen Kirchen im Reichsgau Wartheland 1939—1945, Theol. Diss. Göttingen 1958, Anm. 211.

Immerhin forderte in einem Dorf des Kirchspiels Opalenitza ein Parteifunktionär den Pastor auf, die Kinder der Umsiedler aus der Ukraine zu taufen.<sup>51</sup> Bezeichnend war auch, daß in dieser Gemeinde der Anteil anonymer Spender ständig geringer wurde, diejenigen aber, die sich zu ihren freiwilligen Kirchenbeiträgen bekannten, dagegen immer mutiger wurden.

Kirchenleitung, Konsistorium und Landessynodalvorstand protestierten immer wieder gegen die Unterdrückung. Erich Nehring und Gottfried Hein waren die Führer der geschickten Opposition. Die Gemeindeglieder setzten die finanzielle Unterstützung der Kirche fort, indem z. B. das Geld auf eine Kirchenbank bzw. auf den Altar gelegt oder dem Pfarrer in der Sakristei übergeben wurde, und der Widerstand gegen die Abschaffung der Feiertage hatte wenigstens den Erfolg, daß 1943 der Karfreitag wieder eingeführt wurde. Kirchlicher Unterricht wurde in Privatwohnungen, in Sakristeien und Kirchenräumen abgehalten. Evangelische Gemeinden wie die in Sockelstein (Sokolniki, Kreis Wreschen) lehnten es ab, katholische Gotteshäuser zu übernehmen. Im September 1941 protestierte die deutschbaltische Gräfin Krusenstjern schriftlich bei Greiser gegen die antikirchlichen Maßnahmen und die Haltung der Partei.<sup>52</sup>

Die Bewohner des Dorfes Teoschin (Cholmer Land) waren geschlossen in die Gegend von Schmiegel umgesiedelt worden. Ihr Posaunenchor blies wie in der alten Heimat Sonntag für Sonntag im Gottesdienst. Viele Mitglieder der Gemeinde traten gutwillig, nichts Böses ahnend, in die SA ein. Als der SA-Dienst für den Sonntag unmittelbar nach dem Gottesdienst angesetzt wurde, gingen die Männer in Uniform zur Kirche. Das wurde ihnen untersagt. Als sie mit dem Austritt drohten, setzten sie sich schließlich durch.<sup>53</sup> In Birnbaum konnte ein Pfarrer verhindern, daß eine kirchliche Trauerfeier für einen Kirchenältesten, der zugleich Parteimitglied war, durch eine Parteifeier ersetzt wurde. Aus Exin ist überliefert: „Ein junger Heimtaler war an der Ostfront gefallen. Die örtliche Parteistelle wollte eine Feier im Deutschen Hause veranstalten, der Wehrmachtspfarrer sollte anschließend die Beerdigung auf dem Friedhof vollziehen. Das Deutsche Haus war aber die umgebaute katholische Kirche, die jetzt mit nationalsozialistischen Sprüchen ausgestaltet war. Die Familie des Gefallenen und weitere Heimtaler wollten durchaus nicht, daß in der ehemaligen katholischen Kirche eine nationalsozialistische Feier stattfinden sollte. Sie bewogen den Wehrmachtspfarrer zu erklären, daß er die Beerdigung nicht vollziehen werde, falls vorher eine Feier in der ehemaligen katholischen Kirche stattfinde. Die Parteileitung verzichtete tatsächlich auf die vorbereitete Feier.“<sup>54</sup>

51) Bericht des Pfarrers Gerhard Plath (im Besitz von Superintendent Witt-ram, Stade).

52) Gürtler (wie Anm. 50), Anm. 144.

53) Bericht des Pfarrers Peter Paulsen (im Besitz von Superintendent Witt-ram, Stade).

54) Bericht des Pfarrers Gerhard Plath (vgl. Anm. 51). Heimtal war eine deutsche Siedlung in Wolhynien.

Pastor Bickerich entfernte immer wieder ein Schild „Polen ist der Zutritt verboten“ vom Vorplatz der Kirche in Laßwitz, das der Bürgermeister ebensooft wieder erneuern ließ — ein stummer Kampf!<sup>55</sup>

In Pakosch war die Kirche brechend voll, als die Kreisleitung der Partei zur Zeit des Gottesdienstes eine Großkundgebung auf dem Marktplatz ansetzte, jedoch kaum jemanden vorfand, da insbesondere die Umsiedler aus dem Osten erklärten, sie seien in der Sowjetunion immer zum Gottesdienst und nicht zu gleichzeitigen anderen Veranstaltungen gegangen. In Lissa setzte sich Superintendent Martin Rutz bis zur Selbstgefährdung für jüdische Gemeindeglieder ein. Mit Erfolg lehnte 1941 in Altkirch (Krosno südlich Moschin) der Kirchenvorstand mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden, Kaufmann August Wolff, das Verlangen des Landrats und NS-Kreisleiters von Schrimm ab, das kirchliche Schulhaus dem Staat zu übereignen.

Der evangelische Pastor Friedrich-Karl Jonat in Tremessen verwahrte jahrelang eine Reliquie des hl. Adalbert von Prag und übergab sie 1944 einem katholischen Priester in Hohensalza. Die Reliquie befindet sich heute wieder im Dom in Tremessen, versehen mit dem Vermerk, der evangelische Geistliche habe sie gerettet. Jonat wurden von den Tremessener Juden die kostbaren Thorarollen aus der Synagoge anvertraut, kurz bevor diese zerstört wurde. Jonat gab die Pergamentrollen an zwei Seelsorger und das Predigerseminar in Posen weiter, wohl um durch eine gewisse Streuung zu verhindern, daß alle auf einmal verlorengingen.

Die Höhepunkte des Kampfes der Kirchenleitung waren in zeitlicher Reihenfolge:

1. Erste Konflikte aus Anlaß von Beerdigungsfeiern der ermordeten Deutschen (Herbst 1939).
2. Frühjahr 1940: Der Widerstand gegen die sich abzeichnende Neuregelung der kirchlichen Verhältnisse formiert sich.
3. Ab 21. Oktober 1940 Protestschreiben Blaus, Poelchhaus, Zöcklers, Thomsons an Greiser, im April und September 1941 auch an Hitler.
4. 18. Januar 1941: Blau, Kleindienst, Poelchau, Thomson und Zöckler an Greiser: „Man versucht, die Kirche aus dem Leben des Volkes auszuschalten. Dieser Versuch gefährdet die Einheit und Geschlossenheit des Volkes. [...] Sie [d. i. die Gemeindeglieder — W. G.] können nicht glauben, daß ihnen ihr Heiligstes angetastet wird, ihr evangelischer Glaube und ihr treues Halten an der Kirche.“<sup>56</sup>
5. Höhepunkt der Briefaktion. Schreiben Thomsons an Hitler vom 10. September 1941: „Diese Lage ist unerträglich geworden. Bei der Umsiedlung wurde uns versichert, daß Christenglaube und Kirchenzugehörigkeit in der neuen Heimat nicht angetastet würden. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Diese Maßnahmen sind für die Umsiedler aus dem Osten insofern besonders eindrucksvoll, weil sie sich mit den Maß-

55) Mündliche Mitteilungen an den Vf.; dies gilt auch für die nächsten Angaben.

56) Gürtler (wie Anm. 50), Anm. 142.

nahmen, die die bolschewistische Regierung 1940 in Estland traf, fast Punkt für Punkt decken [...]. Wir sind in der Erwartung gekommen, im Reich eine neue Heimat zu finden und das Erbe der Väter auch weiterhin bewahren und pflegen zu dürfen. Mein Führer — ich spreche es offen aus —, wir sind in dieser Hoffnung betrogen worden.“<sup>57</sup>

6. Weigerung, Kirchenglocken bei Begräbnissen von Nicht-Kirchenangehörigen zu läuten.
7. Am 2. April 1942 abends fordert OKR Hein die Aufhebung des Verbots von Karfreitagsgottesdiensten vor 19 Uhr und kündigt an, daß es zu Zusammenstößen der Kirchgänger mit der Polizei kommen werde, falls man die Kirchen abzusperrn versuche. Am 3. April morgens verhandelt Hein weiter mit der Stapo-Leitstelle Posen. Um 9.15 Uhr wird das am 28. März ergangene Verbot zurückgezogen. Z. T. waren die Kirchen von Polizei abgesperrt. Die Kirchgänger nahmen, z. B. in Schmiegel, gegenüber den Polizisten eine drohende Haltung ein. Angesichts solcher Lage sah sich die Gestapo gezwungen, im letzten Augenblick nachzugeben und das Verbot aufzuheben.<sup>58</sup>

1943 stellte die Partei den Kampf offensichtlich angesichts der Entwicklung des Krieges bis auf weiteres stillschweigend ein. Einen Rückblick auf die Auseinandersetzungen gab Konsistorialpräsident Erich Nehring zur Trauerfeier für D. Paul Blau am 9. Januar 1945 in Posen, in der er u. a. ausführte:

„Der Deutsche kehrte in das Deutsche Reich zurück. Welcher Jubel, welche Fülle von Hoffnungen in aller Herzen, welche Erwartungen! Welche neue dankbarste — so erwartete man es — Aufgabe für ihn, den Heimgegangenen. Wir wissen es alle, daß es anders gekommen ist. Von der Geschichte der letzten fünf Jahre, den Aufgaben und dem Wirken des Heimgegangenen in dieser letzten Zeit zu sprechen, ist heute noch nicht gegeben. Es ist für ihn die schwerste Zeit seines Lebens geworden [...]. Schwerer noch lag auf ihm die Entwicklung, welche die kirchliche Lage im Recht und Leben des Warthegaues seit 1940 genommen hat, die Sorge um Gestalt und Arbeit der Kirche in der Zukunft. Wir haben seine Sorge geteilt.“<sup>59</sup>

Der Widerstand der Deutschen in der katholischen Kirche konnte im lokalen Bereich nur von wenigen Kräften getragen werden. Der Domherr Dr. Albert Steuer setzte sich stets für die Polen ein und konnte in vielen Anliegen helfen. Der Apostolische Administrator Pater Hilarius Breitinger protestierte in einem Schreiben an Greiser vom 1. Oktober 1943 gegen die völlige Trennung von Deutschen und Polen im kirchlichen Leben:

57) Archiv des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, EO V 1127/41, zitiert nach Gürtler, S. 256—258.

58) Gürtler, Anm. 399.

59) Festschrift zum Gedenken an Generalsuperintendent D. Paul Blau, hrsg. von H. Kruska, Berlin 1961, S. 17 f. — Vgl. über Herbert Girgensohn, Wilhelm Neander und Waldemar Thomson Wittram (wie Anm. 27), S. 638 f.

„Es gibt keine polnisch-katholische und ebensowenig eine deutsch-katholische, sondern nur eine römisch-katholische Kirche.“<sup>60</sup>

Was die Akademiker angeht, so „gab es auch in Posen Wissenschaftler, die sich von ‚Volkstumskampf‘ und ‚Herrenmenschentum‘ zu distanzieren verstanden.“ Dr. Scurla bemühte sich, den Aufbau der Reichsuniversität nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern als Kulturaufgabe in die Wege zu leiten. Doch blieben seine Bemühungen im wesentlichen ohne Erfolg.<sup>61</sup> Als gemäßigt wurden schon 1964 sogar in der DDR u. a. der Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät, Prof. Gleisberg, der Dozent Herbert Ludat und andere angesehen. Gleisberg rettete einigen Polen das Leben, und er konnte nach dem Krieg mit Genugtuung aus polnischem Mund die Bestätigung entgegennehmen, „sein Name strahle aus dem Kriege als der Name des Posener Professors, der in erster Linie Mensch und Humanist gewesen sei“. Polnische Wissenschaftler bekundeten ihre Dankbarkeit durch persönliche Fürsorge für das Grab von Gleisbergs Sohn in seiner schlesischen Heimat im Riesengebirge.<sup>62</sup>

Fassen wir zusammen: Der Widerstand begann sehr bald nach der Befreiung von der Verfolgung. Das Fehlen einer gewerkschaftlich-sozialistischen Oppositionsbasis einerseits, die evangelische Tradition des Gehorsams gegenüber der Obrigkeit (ohne die Erfahrung der Jahre 1918—1939 im Reich) bei gleichzeitiger Umstruktuiierung der gesellschaftlichen Eliten (Entmachtung der Polen, abgestufte Machtübernahme durch Reichsdeutsche und Deutschbalten, nur partiell durch einheimische Deutsche) andererseits verhinderte einen wirkungsvollen Widerstand. Dieser wurde von den Kirchen geleistet, um den Bestand landeskirchlicher Institutionen und christlichen Glaubens zumindest eingeschränkt zu sichern. Hier kam es zur Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen im Reich, vor allem mit dem Oberkirchenrat in Berlin und mit Kardinal Bertram. Polen und Juden blieben dabei aber nahezu vollständig außer Betracht. Die Wehrmacht opponierte in wenigen Vertretern und nicht so zielstrebig wie die evangelische Kirche. Hier muß wohl die Konkurrenz der SS berücksichtigt werden, aber auch die ungebrochene Verbundenheit mit dem Staat. Die meisten weiteren Formen der Resistenz basierten auf isoliertem Vorgehen von Einzelgängern oder zeitweiliger Kooperation mit polnischen Gruppen, aber das waren zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Aktionen, die selten ins Bewußtsein der Öffentlichkeit drangen.<sup>63</sup>

60) Zitat und weitere Einzelheiten dieses Schreibens bei B. Stasiowski: Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/59 (18. 2. 1959), S. 82.

61) Goguel (wie Anm. 2), S. 105, Anm. 47.

62) Ebenda, S. 126 f., vgl. auch S. 106.

63) Die vor dem Volksgerichtshof angeklagten Posener wurden in aller Regel wegen Wehrkraftzersetzung zumeist mit dem Tode bestraft. Zu ihnen gehörten der Leiter des Wirtschaftsamtes beim Amtskommissar von Burgstadt (Kórnik)-Land, ein Spezialist für Dezimeterwellen beim Posener Telefunken-Werk, ein Handelsvertreter, ein Wachmann und einige Angestellte. Zumeist war in kleinem Kreis geäußert worden, der Krieg gehe verloren. (Bundesarchiv Koblenz, R 60 I, 136, 150, 233, 263 u. ö.).

Zu bedenken ist immer der Hintergrund, daß die Deutschen sich bewußt waren, daß eine Niederlage des Dritten Reiches zugleich das Ende der deutschen Volksgruppe im Posener Land bedeutete, Widerstand also im Grunde nicht zu menschlicher Existenz und Würde, nationaler Freiheit und rechtlicher Gleichheit für die Deutschen führen konnte, sondern gerade dazu führte, daß diese Ziele für die Deutschen im Wartheland nicht mehr realisiert werden konnten.<sup>64</sup> Dieses Bewußtsein hatte seine Wurzel in dem alten, aus dem 19. Jahrhundert rührenden Volkstumskampf, der in den zwanziger und dreißiger Jahren zu einer konsequenten Verdrängungspolitik der polnischen Regierungen und im Sommer 1939 schließlich zur Verfolgung der Volksgruppe bzw. vor allem ihrer Elite geführt hatte. Die Tragik lag also darin, daß der Widerstand im Kriege moralisch notwendig, politisch aber sinnlos war.

64) Zum Problem des Widerstandsbegriffs vgl. neuerdings besonders Ch. Kleßmann; Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/79, S. 25—37. Sicherlich würde die Durchsicht weiterer Aktenbestände z. B. des Bundesarchivs noch mehr Material zutage fördern, vermutlich jedoch keine wesentlich neuen Erkenntnisse. Vf. (geb. 1944) hat für den Heimatkreis seiner Mutter, Eichenbrück (Wągrowiec), eine Stichprobe in den Fluchtberichten vorgenommen. Ergebnis: Für Polen und einen jüdischen Arzt setzte sich der Landwirt Graser in Jaroschau ein und wurde verwarnt. Ebenso erfolglos war der Einspruch vieler Deutscher, als der polnische Geistliche in Ziegenweide (Kozielsko) von der SS abgeholt wurde, obwohl er im Sommer 1939 die Gläubigen ermahnt hatte, nichts gegen die deutsche Minderheit zu unternehmen. (Bundesarchiv Koblenz, Ost Dok 7/26, pag. 28, Bericht Joachim Graser, und Ost Dok 7/26, pag. 125, Bericht Otto Hiller).

### Summary

#### *German Non-Conformism in the Territory of Posen (Poznań) 1939—1945*

The Polish State being re-established in 1918/20, Polish policy of displacing the German minority by repressive and economically discriminating measures resulted in this part of the population's yearning for the reunification with Germany. Consequently there was only a very small basis for an opposition against National Socialism in the Territory of Posen being made part of the *Warthegau* after the occupation in 1939. Besides, from lack of any social basis in this region, there was no tradition of socialist and clerical parties.

Nevertheless, there were growing attitudes not corresponding with the party's doctrine, even being directed partially at the latter and, in certain cases, ending in a fight against it. Above all the rejection of the ecclesiastical policy is to be emphasized: especially the Protestant Church was to lose her considerable influence, but the leaders of the Church heavily struggled against administrative measures of all possible sorts. In the parishes, the Party was in general unsuccessful and met with the extremely fierce resistance of the German

settlers coming from the Polish regions east of the Vistula so that the fight against the Church was given up in 1943. The *Wehrmacht* resisted only by few representatives and not as purposeful as the Church did. During the revolt against Hitler on 20 July 1944 it remained completely inactive. Also sporadic protests of the landowners because of the measures against Polish people can be registered. Old-established Germans and newcomers ignored the prohibition of contact with Poles on a larger scale and helped them in single cases. Teachers having taught in German schools in the Territory of Posen up to 1939 were eliminated as being unreliable. Also university graduates of Posen University in several cases stood up for Poles being in a threatening situation. Besides, in various places, soldiers and workers from the *Reich* worked together with Poles, partly even with the Partisan movement.

The non-conformists' and oppositionals' fates were tragical in so far as they, like all the other Germans, had to leave their abodes in consequence of the Third Reich's military defeat in 1945.